

Kreisverband Aalen/Ellwangen
Bündnis 90/ Die Grünen
Berthold Weiß
Haller Str. 70
73479 Ellwangen
Fon 07961.925874



18. Juli 2013

Redaktionen im Ostalbkreis

Brigitte Lösch: „Klimaschutz bleibt nicht länger nur eine politische Absichtserklärung“

Klimaschutzgesetz der grün-roten Landesregierung wurde verabschiedet

Mit großer Mehrheit verabschiedete der Landtag am Mittwoch das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg. Darin verpflichtet sich das Land, die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg bis 2020 um mindestens 25% und bis 2050 um 90% zu verringern. Baden-Württemberg ist damit nach Nordrhein-Westfalen das zweite Bundesland, das sich gesetzlich zur Reduktion von Treibhausgasen verpflichtet. Der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes war ein beispielhafter Beteiligungsprozess vorausgegangen.

Bereits in der Entstehungsphase des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts (IEKK) konnten sich interessierte Bürger und Verbände im Rahmen eines umfassenden Beteiligungsprozesses intensiv einbringen.

„Um die Klimaschutzziele zu erreichen, wird ein konkretes Maßnahmenpaket verabschiedet“, so die Landtagsabgeordnete Brigitte Lösch. „Wir setzen die Ziele und zeigen den Weg, sie zu erreichen. Damit schaffen wir eine verlässliche Grundlage für die Beteiligten aus Politik, Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft.“

Damit sei ein Schlüsselprojekt der grün-roten Landesregierung verwirklicht. Klimaschutz sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die die Rahmenbedingungen von der Politik vorgegeben werden müssen. Lösch: „Heute erhält der Klimaschutz gleichberechtigt zu anderen Schutzgütern wie Biodiversität oder Wasserschutz endlich Gesetzesrang und wird zu einer weiteren Leitlinie des politischen Handelns.“ Auch in die Planungsprozesse auf kommunaler Ebene werden diese Leitlinien hineinwirken und sind bei den Abwägungsprozessen gleichberechtigt zu berücksichtigen. Für den Kreisvorsitzenden der „Grünen“ in Aalen-Ellwangen, Berthold Weiß, hat dieses Gesetz für den Ausbau der Windenergie eine hohe Bedeutung: „Klimaschutz war bislang kein Kriterium für die Entscheidung, ob ein Standort für eine Windkraftanlage in Frage kommt oder nicht. Das kann in Zukunft angemessen berücksichtigt werden“. Gerade für Ostwürttemberg, das

die „Energiekammer“ Baden-Württembergs werden könne, spiele diese Entscheidung des Landtags eine große Rolle. Er freue sich, dass auch die CDU im Landtag diesem Gesetz zugestimmt habe.